

# WLADISLAW HEDELER

## Keiner wollte das Aschenputtel sein

In der Nacht vom 22. zum 23. Oktober hörten die Mitarbeiter des Zentralen Wahlbüros der Russischen Föderation Punkt Null Uhr Moskauer Zeit auf, die für die Registrierung der Parteien erforderlichen Listen mit den Unterschriften entgegenzunehmen. Als das letzte Zeitzeichen ertönte, hatten sie gerade 35.000 Unterschriften für den Block »Demokratisches Rußland – Freie Gewerkschaften« überprüft. 200.000 hätten es sein müssen, um das Wahlbündnis zu registrieren<sup>1</sup>. Von den 69 Parteien und Bewegungen, die ursprünglich zur Wahl angetreten waren, haben es 18 nicht geschafft, ihre Listen überhaupt vorzulegen.

Es ging uns wie Aschenputtel, kommentierten die Funktionäre des »Demokratischen Rußland« ihr Scheitern, um Mitternacht verwandelte sich unser Festkleid in unansehnliche, wertlose Lumpen. Dabei hatten sich die Vertreter dieses Bündnisses rechtzeitig angestellt, jedoch nicht einkalkuliert, daß am Sonntag keine Wartenummern vergeben wurden und der für einen wichtigen Stempel zuständige Beamte nicht zu finden war.

Zu den »Durchgefallenen« gehörten auch die Partei der Konstitutionellen Demokraten (nicht zu verwechseln mit der zugelassenen Konstitutionell-Demokratischen Partei [Partei der Volksfreiheit]), »Semski Sojus«, der Bund der Muslime, der Bund der Mitarbeiter der Wohnungswirtschaft, die Gesamtrussische Vereinigung der Transportarbeiter, der Block »Wir dienen Rußland«<sup>2</sup>, »Stabiles Rußland«<sup>3</sup>, die Nationale Rettungsfront und die Russische bürgerlich-demokratische Partei.

Insgesamt gelang es 43 Wahlbündnissen und Parteien, die Hürde der Registrierung zu nehmen. Zu denen, die keine Probleme hatten, die erforderlichen Listen lange vor Ablauf der Frist einzureichen, gehörten die Kommunistische Partei der Russischen Föderation<sup>4</sup>, der Kongreß der Russischen Gemeinden, die Liberal-Demokratische Partei Rußlands, die Frauen Rußlands, die Agrarpartei<sup>5</sup> und Tschernomyrdins »Unser Haus Rußland«. 8 bis 8,5 Millionen Unterschriften lagen dem Zentralen Wahlbüro vor.

Die Parteien und ihre Abgeordneten hatten einen harten Kampf hinter sich. So bewarben sich z.B. um die 11 Mandate der Moskauer Region 230 Kandidaten, darunter 50 Direktoren von Unternehmen, 50 Parteifunktionäre bzw. ihre Stellvertreter, 34 Angestellte im Staatsdienst sowie Arbeitslose, Rentner und Mitarbeiter von Abgeordneten. 11 Kandidaten stellte die LDPR, 19 der Rybkin-Block und der Kongreß der Russischen Gemeinden, 6 vertraten

Wladislaw Hedeler –  
Jg. 1953, Philosophie-  
historiker, Berlin.

1 Das Bündnis unter Führung von Gleb Jakunin hatte 211.892 Unterschriften vorgelegt. Nesawisimaja gaseta, 2. November 1995, S. 2. Das Oberste Gericht der Russischen Föderation billigte den Protest des Wahlbündnisses und empfahl dem Zentralen Wahlbüro, die Listen noch einmal zu prüfen.

2 Am 2. November verpflichtete das Oberste Gericht die Zentrale Wahlkommission, die Unterschriftenlisten dieses Wahlbündnisses noch einmal zu prüfen.

3 Am 2. November verpflichtete das Oberste Gericht die Zentrale Wahlkommission, die Unterschriftenlisten dieses Wahlbündnisses noch einmal zu prüfen.

Die Zentrale Wahlkommission verweigerte die Nominierung eines der drei Spitzenkandidaten der Agrarpartei Rußlands »Frieden und Brot – in jedem Haus«, Wassili Starodubzew.

4 Dem Aufruf der KPRF »Alle zur Wahl!« »Für unsere sowjetische Heimat!« ist zu entnehmen, daß die Partei bei der für die Registrierung erforderlichen Sammlung über eine Million Stimmen auf sich vereinigen konnte. Prawda Rossii, 5. Oktober 1995, S. 1. Die auf der III. Gesamtrussischen Konferenz der KPRF angenommene Wahlplattform ist in Prawda Rossii, 7. September 1995 veröffentlicht.

5 Die Wahlplattform der Agrarpartei Rußlands »Frieden und Brot – in jedem Haus«, in: Prawda, 19. September 1995, S. 2.

6 Der Hausbau beginnt mit dem Fundament, nicht mit dem Dach, in: Prawda, 9. September 1995, S. 1-2 (Über das Minimalprogramm der Kommunisten); Auf dem Weg der Güte und Gerechtigkeit, in: Prawda Rossii, 5. Oktober 1995, S. 2. (Über das Verhältnis von Kommunisten und Christen.)

die Interessen der KPRF, 5 die von »Jabloko«. Was alles gemacht wurde, um an die begehrten, für die Zulassung der Parteien zur Wahl erforderlichen Unterschriften heranzukommen, dringt nach und nach in die Presse. Jegor Gajdars »Rußlands Wahl« waren in einigen Moskauer Stadtbezirken die Austräger der Altersrenten behilflich. Das sei völlig legal, denn sie haben die Alten ja nicht zur Unterschrift gezwungen, beantwortete der Parteivorsitzende entsprechende Fragen von Journalisten. Andere Parteien bestachen Militärangehörige, die für 50.000 Rubel (das entspricht ungefähr 10 US-Dollar) hunderte von Unterschriften fälschten.

Daß die Überprüfung durch das Zentrale Wahlbüro und die 5-Prozent-Hürde nicht die einzigen Stolpersteine bleiben würden, war allen Beteiligten klar. So schlug z.B. Sergej Schachraj, Vorsitzender der Partei der Russischen Einheit und Eintracht vor, von allen registrierten Parteien 10 Milliarden Rubel einzuziehen und das Geld nur zurückzuzahlen, wenn die Partei die 5-Prozent-Hürde überwindet. Schachraj, einst Demokrat, versteht sich nun als Konservativer. Nach dem Einzug der Abgeordneten seiner Partei (30.000 Mitglieder in 51 Regionen des Landes) in die Duma will er mit aller Kraft gegen die KPRF und die Agrarpartei vorgehen. Doch nicht nur den kleinen Parteien versuchte man, Angst einzujagen. Im Namen der KPRF wies Anatolij Lukjanow in der Duma die Behauptung Boris Jelzins, alle Kommunisten seien Extremisten, zurück. Der Präsident sät mit Absicht sozialen Unfrieden. Auf diese Kriegserklärung seitens der Regierung war die KPRF vorbereitet. Vor und nach der Registrierung am 22. Oktober trat die in der Fernsehberichterstattung kaum präsente Partei mit einer Reihe von Veranstaltungen hervor.

Gennadi Sjuganow betonte die gewachsene innen- und außenpolitische Akzeptanz der KPRF und seine Bereitschaft, für das Amt des Präsidenten zu kandidieren. (Das wollen auch Schatalin und Jawlinski.) Die KPRF, hob ihr Vorsitzender hervor, habe sich als die eigentliche kommunistische Nachfolgepartei durchsetzen können. Sie gebe 120 Zeitungen und Zeitschriften heraus und unterhalte Beziehungen zu 150 Parteien in aller Welt. Alle anderen Grüppchen, die von sich behaupten, im Namen der Kommunisten Rußlands zu sprechen, verfügen weder über eine vertikale Struktur noch über eine Massenbasis. Sjuganow nutzte die Wahlagitation<sup>6</sup>, um das an die ca. 15 kommunistischen Parteien im Land abgetretene Terrain zurückzuerobern. Seine Aufforderung an alle Kommunisten, der eigentlichen KP beizutreten, war nicht zu überhören.

Es habe in der UdSSR, führte Sjuganow im Interview für die »Prawda« (Ausgabe vom 24. Oktober 1995) aus, unter dem Dach der KPdSU immer zwei Kommunistische Parteien, die Partei der Patrioten einerseits und andererseits die Partei Trotzki's, Berijas, Jakowlews, Gorbatschows und Jelzins gegeben. Die KPRF habe es vermocht, die Partei der Patrioten wieder zum Leben zu erwecken. Zu ihrem neuen Geschichtsbild gehört, daß in Rußland vor 1917 nicht alles schlecht gewesen sei. Das sei im Zuge des Kampfes gegen die von Gorbatschow hereingelassenen Okkupanten zu berücksichtigen.

Die KPRF tritt in den Wahlen mit dem Ziel an, den weiteren

Zerfall des Landes aufzuhalten. Die Zahl der in den letzten Jahren im Land ermordeten Menschen übersteigt längst die Zahl der Opfer im zehn Jahre währenden Krieg in Afghanistan. Bei einer Inflationsrate von 100,9 Prozent pro Woche müssen monatlich ca. 208.000 Rubel für Lebensmittel aufgebracht werden. Und die Preise steigen und steigen. Ende des Jahres wird ein Kilogramm Brot 5.000 Rubel (2.600 Rubel im Oktober) kosten. Die Reformen seien in einer Sackgasse angelangt, lautet das von der KPRF gezogene Fazit, während Gajdar, Jawlinski und Hakamada hervorheben, daß die Reformen nach den Wahlen in ein neues Stadium eintreten würden.

Ein Spiegelbild der die Gesellschaft durchziehenden Bruchlinie pro bzw. contra Privateigentum ist die Spaltung der Bauernschaft in Kolchosanhänger und Farmer. Im Wahlkampf wird natürlich auch dieser Konflikt thematisiert, um Anhänger und Wähler zu gewinnen. Tschernomyrdin (die Hände zum Symbol seines Blockes faltend) und Sjuganow (nach einem Tänzchen auf der Bühne) stellten an ein und demselben Tag Konzepte vor, die im Hinblick auf die Privatisierung des Bodens nicht unterschiedlicher sein könnten.

Der Westen und die russischen Unternehmer hätten keinen Grund, sich vor der Rückkehr der Kommunisten an die Macht zu fürchten. Seine Partei wolle weder den GULAG, noch den Stalinismus wiederbeleben, unterstrich Sjuganow im erwähnten Interview. In seiner Antwort auf die Frage nach den politischen Gegnern verwies er auf das Wahlplakat von Tschernomyrdins »Nasch dom«. Darauf ist Tschernomyrdin zu sehen, der die Hände schützend wie ein Dach über die russische Fahne hält. Eigentlich, polemisierte Sjuganow, beginne man den Hausbau mit dem Fundament und nicht mit dem Dach. Die KPRF-Führung habe einen Aufruf »Das Vaterland ist in Gefahr« an Persönlichkeiten und Einrichtungen verschickt. Für seine Partei sei interessant und wichtig, bemerkte Sjuganow, daß alle Angesprochenen darauf reagiert hätten. Seine Partei werde sich nicht provozieren lassen, versprach der Parteivorsitzende mit Blick auf das bevorstehende Jubiläum der Oktoberrevolution. Um Mißverständnisse von vornherein auszuräumen, hatte die KPRF in der »Prawda« vom 26. Oktober einen »Offenen Brief« an die Mitarbeiter der Sicherheitsdienste und der Grenztruppen der Russischen Föderation veröffentlicht. Die der KPRF nahestehende Gesellschaft »Geistiges Erbe« organisierte außerdem eine wissenschaftlich-praktische Konferenz zum Thema »Starke Sicherheitsdienste, starker Staat, starkes Rußland«. Auch berichtete die »Prawda« vom 28. Oktober über ein Treffen der Abgeordneten der KPRF mit gleichgesinnten russischen Wissenschaftlern sozialistischer Orientierung. Der von Demokraten erhobene Vorwurf, die Kommunisten würden Rußland ins Verderben stürzen, sei absurd. – Diese Behauptung Sjuganows richtet sich auch gegen Jegor Gajdar, der es bisher vermieden hat, seinen gewachsenen Einfluß auf junge Wähler in den Hochburgen der Kommunisten mit Zahlen zu untersetzen.

Der Versuch, viele Parteien durch die Veröffentlichung einer Liste aller vorbestraften Abgeordneten zu diskreditieren, scheiterte.

Überprüft wurden (über die Auswahlkriterien war nichts zu erfahren) die von 25 Blöcken nominierten Kandidaten. Der Innenminister der Russischen Föderation veranlaßte die Überprüfung auf Bitte von Nikolai Rjabow, des Leiters des Zentralen Wahlbüros. Kriminelle, Steuerbetrüger und Menschenrechtler wurden ohne Unterschied in einer Aufzählung erfaßt.

12 – LDPR

7 – Konservative Partei

6 – Dershawa

5 – Bund der Patrioten; Völkisch-nationale Partei; Russische Partei;

4 – KPRF; »Gemeinsame Sache«

3 – DWR; Vereinigte Demokraten; Vorwärts, Rußland!; Die Macht dem Volke; Kommunistische Partei; Werktätiges Rußland;

2 – Jabloko, Europäische LDPR; Partei der ökonomischen Freiheit; Agrarpartei, Partei der Selbstverwaltung der Werktätigen; »Pamfilowa<sup>7</sup>-Gurow-Lysenko«; Unsere Zukunft;

1 – Christlich-demokratische Union; Block Stanislaw Goworuchins; Demokratisches Rußland und Freie Gewerkschaften; Partei der Anhänger der Steuersenkung; Partei Volksunion; National-republikanische Partei Rußlands.

7 Der Block wurde im Sommer 1995 gegründet, er ging aus der Republikanischen Partei der Russischen Föderation hervor. Ella Pamfilowa war bis zu ihrem Rücktritt Minister für Sozialfürsorge.

Doch das war nur das Vorspiel zum eigentlichen Skandal, der sich am Wochenende, unmittelbar nach der Vorlage der Unterschriftenlisten, abspielte und die ungeteilte Aufmerksamkeit der Medien fand. Eine Woche lang war dies das – nach den Berichten über den Gesundheitszustand des Präsidenten – wichtigste Thema in den Nachrichten. Das Zentrale Wahlbüro begann, die Unterlagen der aufgestellten Kandidaten zu überprüfen. Auf Grund der festgestellten Unstimmigkeiten wurden Ruzkojs Bewegung »Dershawa«<sup>8</sup> und das Wahlbündnis »Jabloko«<sup>9</sup> nicht zugelassen. Es waren ausgerechnet jene Vereinigungen, deren Spitzenpolitiker zu den aussichtsreichsten Konkurrenten im Kampf um die Präsidentschaft gehören. Bei der »Partei der Bierfreunde« habe es ähnliche Probleme wie bei »Jabloko« gegeben, nur sei sie anstandslos registriert worden. Einen Tag nach Mitteilung dieser Entscheidung hatte Jawlinski die Ablehnung durch das Zentrale Wahlbüro immer noch nicht schriftlich. Sobald er das Dokument in den Händen halte, werde er vor dem Obersten Gericht der Russischen Föderation klagen. Ruzkoj schloß sich an. Während Gajdar sofort reagierte und mitteilte, sein Wahlblock werde sich nicht an einer Farce beteiligen, ließen sich andere Spitzenpolitiker mit ihren Stellungnahmen mehr Zeit. Am Sonntag polterte Shirinowski, es bestehe kein Grund, die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission in Frage zu stellen, Sjuganow gratulierte Jawlinski zum gelungenen Medienrummel, und Irina Hakamada («Gemeinsame Sache» [«Obschtscheje delo»]) kritisierte zum wiederholten Male die Jawlinski eigene Schlamperie. Hätte er alles ordentlich abgegeben, wäre das alles nicht passiert. Tschernomyrdin beschränkte sich darauf, sein Unverständnis für die Entscheidung des Wahlbüros mitzuteilen.

8 Nach Prüfung der Kandidatenlisten durch die Zentrale Wahlkommission am 28. Oktober 1995.

9 Nach Prüfung der Kandidatenlisten durch die Zentrale Wahlkommission am 29. Oktober 1995.

Im Interview für den Sender NTV gab Jawlinski eine erste Stellungnahme ab. Sein Bündnis habe 930.000 Unterschriften sammeln können, von denen 500.000 bereits am Donnerstag der Zentralen Wahlkommission übergeben worden seien. 421.000 wurden als gültig akzeptiert. Bei der Prüfung der Kandidatenliste stellte

Stein des Anstoßes waren Abgeordnete, die zum Zeitpunkt der Abgabe der Unterschriftenlisten nicht mehr auf den Kandidatenlisten zu finden waren. Das Wahlgesetz schreibt vor, unterstrich

dessen Vorsitzender Nikolai Timofejewitsch Rjabow immer wieder, daß die vom Zentralen Wahlbüro bestätigten Listen nicht mehr verändert werden dürften. Ruzkoj gab an, man habe die für seinen Block kandidierenden Bürger unter Druck gesetzt. Jetzt behaupteten sie, von ihrer Nominierung nicht gewußt zu haben. Das trifft auch für die Jabloko-Abgeordneten zu. Von den 13 Jabloko-Abgeordneten erklärten sechs, daß sie ihre Kandidatur aufrechterhielten und nicht wüßten, wieso ihr Name gestrichen worden sei.<sup>10</sup> Ein Abgeordneter gab an, von Mitgliedern des Zentralen Wahlbüros unter Druck gesetzt worden zu sein.

Von diesem Tage an wandte sich ein abgelehnter Block nach dem anderen an das Oberste Gericht. Am 1. November klagten »Unsere Zukunft« und »Semski Sobor«. Beim zweiten Anlauf kamen alle abgelehnten durch. Zugelassen sind die »Demokratische Wahl Rußlands und die Vereinigten Demokraten«, »Für die Heimat!«, »Sozialdemokraten«, »Macht dem Volke«, »Christlich-demokratische Union – Christen Rußlands«, »Pokolenija rubesha«, »Mein Vaterland«, »Duma 96«, »Volksunion«, »Partei der ökonomischen Freiheit«, »Partei der russischen Einheit und Übereinkunft«, »National-Republikanische Partei Rußlands«.

Hoffentlich wird der Präsident bald gesund, war zu hören, dann wird er wieder Ordnung schaffen. Aus dem Kreml und aus der Umgebung des Präsidenten war zu hören, daß Rjabow für seine Entscheidungen allein verantwortlich sei. Wenn es nicht dem Präsidenten nütze, resümierte Otto Lazis in einem Kommentar der »Iswestija«, liege der Schluß nahe, daß Rjabow solchen Leuten wie Lebed und Sjaganow einen Dienst leisten wolle. Auch am darauffolgenden Tag schrieb Sergej Tschugajew in der »Iswestija«, daß der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission immer die Gabe besessen habe, den Wechsel an der Spitze vorherzusehen<sup>11</sup>. Der »Held des Tages«<sup>12</sup> gehört zu den wenigen 1990 gewählten Abgeordneten des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, die es verstanden haben, die jeweils bevorstehenden Wendungen rechtzeitig zu erkennen und so beständig Karriere zu machen<sup>13</sup>. Die KPRF und der Kongreß der Russischen Gemeinden gewinnen, glaubt man den Meinungsumfragen, zunehmend die Gunst der Wähler.

Zu den jüngsten »Kollektivmitgliedern« des Kongresses der Russischen Gemeinden gehört die Assoziation der Veteranen der Antiterrorereinheit »Alpha«. Die ca. 40jährigen »Veteranen«, sagte der Präsident der Assoziation, Sergej Gontscharow, sähen in Lebed, Skokow und Glasjew ihre Interessenvertreter.<sup>14</sup> Das Intermezzo am Wochenende sei ein Spiegelbild der politischen Unkultur in Rußland, lautete das einheitliche Presseecho. Jetzt hänge alles vom Obersten Gericht ab, sagte der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission im Fernsehen. 14 der registrierten Wahlbündnisse hatten zu diesem Zeitpunkt die Überprüfung ihrer Kandidaten hinter sich.

Die Entscheidung – das war nach der Übertragung von Tschernomyrdins Krankenbesuch bei Jelzin klar – werden nicht die Dumawahlen Ende des Jahres, sondern die Präsidentschaftswahlen in acht Monaten bringen. Denn keine der »Superparteien« wird

die Kommission Fehler bei der Registrierung von 6 der insgesamt 200 Abgeordneten fest und lehnte aus diesem Grunde die Zulassung ab. Arkadi Wolski, Michail Gorbatschow und Jegor Gajdar wiesen die Entscheidung der Wahlkommission am selben Abend als falsch zurück. Gajdar sagte im Interview für NTV, seine Partei würde sich nicht an einer Wahlfarce beteiligen. Nach der Ablehnung des von Ruzkoj geführten Bündnisses und im Falle des Fernbleibens von Gajdar wären von den Demokraten nur noch die Partei Irina Hakamadas und »Vorwärts Rußland!« übriggeblieben.

10 Vor vergleichbaren Problemen standen »Unser Haus Rußland« mit 40 abtrünnigen Abgeordneten, der Rybkin-Block verlor 80 Kandidaten, die Agrarpartei 10, die Union der Arbeit 46. Moskowskije nowosti, 29. Oktober – 5. November 1995, S. 4.

11 Sergej Tschugajew: Predsedatel Zentrisbirkoma wsegda umel woweremja smenit chosjaina, in: Iswestija, 1. November 1995, S. 2.

12 Eine biographische Skizze des seit dem 23. September 1993 der Zentralen Wahlkommission vorstehenden Politikers ist in den »Moskowskije nowosti« Nr. 75, 29. Oktober – 5. November 1995, S. 4, veröffentlicht.

13 Rjabow wurde am 14. Januar 1993 in Tiraspol zusammen mit Makaschow, Prochanow, Schoschiaschwili, Alksnis und Kogan mit einem Nagan ausgezeichnet, berichtet

Alexander Mirkin in der *Is-westija* vom 1. November 1995. Jetzt gebühre ihm das platine Feuerzeug Nr. 1, mit dem er später die Wahlzettel anzünden könne, schreibt der Journalist in einem durchaus nicht als Satire gedachten Beitrag. Daneben findet sich eine Karikatur, in der Jawlinski mit einem Apfel auf dem Kopf zu sehen ist. Vor ihm steht ein Revolvermann. Wohin soll ich zielen, fragt er die drei dunklen Gestalten im Hintergrund.

14 Natalja Kuposowa: Die besondere Rolle der russischen Spezialeinheiten, in: *Nesawisimaja gaseta*, 3. November 1995, S. 2.; Schamil Sultanow: Alpha – eine Vereinigung der Profis, in: *Sawtra*, Nr. 44, S. 3. Die hundertste Ausgabe von »Sawtra« hat ihren Platz ausschließlich Militärs und Vertretern unterschiedlicher »Dienste« zur Verfügung gestellt. Von der Karikatur auf der Titelseite grinsen dicke und krummnasige Gestalten den Leser an. Aber nicht mehr lange, denn die ins Bild tretenden ordentlichen Intellektuellen und Arbeiter werden der Provisorischen Regierung bald ein Ende machen. »Für unsere Heimat – Feuer! Feuer!« – steht unter dem der Redaktion von General M. G. Titow »verliehenen« Rotbannerorden.

die absolute Mehrheit erringen. Russische Journalisten und Meinungsforscher reden von vier bis sechs aussichtsreichen Anwärtern auf den Präsidentenposten: Sjuganow, Tschernomyrdin, Shirinowski, Jawlinski, Ruzkoj und Lebed. Gemäß dem neuen Gesetz »Über die Wahl des Präsidenten der Russischen Föderation« können Initiativgruppen von 100 Bürgern Kandidaten vorschlagen. Um ihn aufzustellen, müssen eine Million Unterschriften erbracht werden.

Das Schicksal Rußlands hänge von Parteien ab, die offiziell noch gar nicht registriert seien, schrieb Michail Berger in der »*Is-westija*« vom 1. November 1995. Von der Partei des »Fallenden Rubel«, von der Partei »Her mit dem föderalen Paket!«, von der Partei der »Nichtsteuerzahler« und der Partei der »Ausnahmen und Zuschüsse«. Damit seien jene Problemfelder benannt, auf denen sich der neugewählte Präsident bewähren müsse.

Inzwischen suchen viele Moskauer Trost bei der Iberischen Gottesmutter. Eine gesegnete Kopie der Ikone mit dem Bildnis der Schutzheiligen Moskaus befindet sich wieder an ihrem angestammten Platz in der Kirche am Wiederauferstehungstor. Das Tor und der unweit gelegene Kasaner Dom wurden 1929 abgerissen, um den Marschkolonnen einen ungehinderten Zugang zum Roten Platz zu ermöglichen. Jetzt werden die Zugänge zum Roten Platz wieder versperrt. Dort wo einst der Sowjetpalast in die Höhe ragen sollte, wächst die Erlöserkirche gen Himmel. Auf dem Manegeplatz graben sich die Kommersanten ein. Von solchen »Baugruben« wagte nicht einmal Platonow in seinen Romanen zu träumen. Wo heute noch ein gewaltiges Loch klafft, soll bald ein unterirdisches Handelszentrum Platz finden.